

Verteiler: alle Mitarbeiter Leistung

nachrichtlich: GF; BL 1; BL Z und alle Mitarbeiter M & I sowie Eingangszonen

vom 31.03.2011 – in der Fassung vom 19. Mai 2011

Umsetzung „Bildung und Teilhabe“ – 3. Änderung

- aufgehoben wird die Arbeitsrichtlinie 03/2009 „Klassenfahrten“ –

I. Vorbemerkung:

Am 29. März 2011 wurden nunmehr die bereits am 25. Februar 2011 durch Bundestag und Bundesrat beschlossene Änderungen an dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, so dass das SGB II in der am 31. März 2011 veröffentlichten Fassung teilweise bereits rückwirkend zum 01. Januar 2011 in Kraft treten kann.

Unter anderem wurde in § 28 SGB II verankert, dass Kindern und Jugendlichen ein Zugang zu geeigneten Angeboten im sozialen und kulturellen Bereich eröffnet und für deren Nutzung auch eine finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt wird.

Kostenträger dieser Leistungen ist der Landkreis Kassel, so dass auch von dort die entsprechenden Weisungen zur Umsetzung von „Bildung und Teilhabe“ erfolgen werden.

Bis zum Zeitpunkt entsprechender Weisungen des Landkreises sind die bereits vorliegenden bzw. eingehenden Anträge auf Leistungen nach dem § 28 SGB II wie folgt zu bearbeiten.

Am 12. April 2011, 21. April 2011, 26. April 2011 und 06. Mai 2011 wurden durch den Landkreis Kassel die entsprechenden Bewilligungsbescheide sowie der Antragsvordruck nebst Anlagen freigegeben.

Am 06. Mai 2011 wurden durch den Landkreis Kassel folgende geänderte Vordrucke zur Verfügung gestellt:

- Antrag Bildung und Teilhabe (Stand 04.05.11)
- Anlage A – Bescheinigung Ausflug (Stand 04.05.11)
- Anlage B – Bestätigung Lernförderung (Stand 04.05.11)
- Anlage C – Bestätigung Anbieter Freizeit (Stand 04.05.11)
- Anlage D – Bescheinigung Mittagsverpflegung KiTa (Stand 04.05.11)

Die genannten Vordrucke wurden am 16. Mai 2011 in der Internen Ablage zur Verfügung gestellt. Die aktuellen Änderungen der Arbeitsrichtlinie sind grün gekennzeichnet.

Des Weiteren ist zu beachten, dass in ERP der VERTRAGSGEGENSTAND (Transaktionscode: PSOBWORK) über die Nummer: **1705** zu bilden ist. Durch Verwendung dieses Vertragsgegenstandes ist auch sichergestellt, dass die richtigen Haushaltsstellen angesprochen werden.

Die zu fertigenden Gutscheine sind auf farbiges Papier zu drucken.

II. Rechtliche Grundlage

Gemäß § 28 Abs. 1 SGB II werden Bedarfe für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen **neben** dem Regelbedarf nach Maßgabe der Absätze 2 bis 7 **gesondert** berücksichtigt. **Bedarfe für Bildung** werden **nur** bei Personen berücksichtigt, die das **25. Lebensjahr noch nicht vollendet** haben, **eine allgemein- oder berufsbildende Schule** und **keine Ausbildungsvergütung** erhalten (Schülerinnen und Schüler).

Gemäß § 37 Abs. 1 S. 2 SGB II sind unter anderem die Leistungen nach § 28 Abs. 2 sowie Abs. 4 bis 7 SGB II **gesondert** zu beantragen.

Hieraus folgt, dass mit Ausnahme des Schulbedarfs gem. § 28 Abs. 3 SGB II sämtliche Leistungen nach dem § 28 SGB II explizit beantragt werden müssen.

Es ist des Weiteren zu beachten, dass die jeweilige Bewilligung nur den Zeitraum des Bewilligungsabschnittes (in der Regel ein Zeitraum von sechs Monaten) umfassen darf.

III. Ein- und mehrtägige Ausflüge (§ 28 Abs. 2 SGB II)

Sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen haben einen Anspruch auf Übernahme der **tatsächlichen** Aufwendungen für ein- und/oder mehrtägige Schulausflüge. Hierbei ist zu beachten, dass Kosten, die nicht unmittelbar von der Schule oder der Kindertageseinrichtung veranlasst wurden, auch nicht erstattungsfähig sind (z. B. Taschengeld o. ä.).

a. Verfahren

- Antragstellung per formellen Antrag (der Richtlinie nicht mehr beigefügt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Antrag Bildung und Teilhabe (Stand 04.05.2011)“) bzw. formlos
- Übersendung einer Bestätigung der Schule oder Kindertageseinrichtung über die Durchführung eines Ausfluges (der Richtlinie nicht mehr beigefügt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Anlage A – Bescheinigung Ausflug - (Stand 04.05.2011)“)
- Erteilung eines Bewilligungs-/Ablehnungsbescheides (in den lokalen BK-Text-Vorlagen eingestellt unter § 28 SGB II „§ 28 Abs. 2 – Bewilligung Ausflug“ – Ablehnungsbescheid folgt)

- Überweisung der tatsächlichen Kosten an die Schule oder Kindertageseinrichtung gem. § 29 Abs. 1 S. 1 SGB II.

Bitte beachten: Eine Überweisung an den Antragsteller ist gesetzlich nicht vorgesehen und deshalb auch nicht möglich.

Ausnahme: Sofern die Kosten für einen eintägigen Ausflug in dem Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2011 bereits selbst durch den Leistungsberechtigten gezahlt wurden, ist eine Auszahlung dieser Kosten an den Leistungsberechtigten gem. § 77 Abs. 9 SGB II möglich. Entsprechende Nachweise sind vom Leistungsberechtigten vorzulegen.

b. Auszahlungsmodalitäten

- **ERP** = eintägige Schul- und Kita-Ausflüge sowie mehrtägige Kita-Ausflüge (HV-Nr.: 1706 / TV-Nr.: 0002 / Sachkonto: 7807002230 / FiPo: 768114010311). Bitte auf Vertragsgegenstand achten!!!!
- **A2LL** = mehrtägige Schulausflüge

IV. Schulbedarf (§ 28 Abs. 3 SGB II)

Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf wird den Schülerinnen und Schülern ein Gesamtbetrag in Höhe von 100,00 € pro Schuljahr zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung dieses Betrages erfolgt erstmalig im Schuljahr 2011/2012 in zwei Teilbeträgen jeweils zum 01. August in Höhe von 70,00 € und 01. Februar in Höhe von 30,00 € eines jeden Jahres (siehe auch § 77 Abs. 7 SGB II).

a. Verfahren

- Eine gesonderte Antragstellung ist für diese Leistungen nicht erforderlich.
- Vorlage einer Schulbescheinigung (ab dem 15. Lebensjahr) bzw. Einschulungsbescheinigung bei erstmaliger Geltendmachung des Bedarfs; ansonsten ist keine Schulbescheinigung (7. bis 15. Lebensjahr) notwendig.
- Bescheiderteilung erfolgt weiterhin über A2LL mit dem entsprechenden allgemeinen Leistungsbescheid
- Anspruchsvoraussetzungen ergeben sich weiterhin aus den Hinweisen zu § 24 a SGB II a. F. – hier insbesondere die Randziffern: 24a.3 – 24a.23 -, die im Archiv des BA-Intranet zu ersehen sind
- Überweisung an den Antragsteller

b. Auszahlungsmodalitäten

- **A2LL** (wie bisher)

V. Schülerbeförderungskosten (§ 28 Abs. 4 SGB II)

Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, die für den Besuch der **nächstgelegenen** Schule des gewählten Bildungsgangs auf Schülerbeförderungskosten angewiesen sind, erhalten diese Kosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erstattet.

a. Verfahren

- Antragstellung per formellen Antrag (der Richtlinie nicht mehr beigelegt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Antrag Bildung und Teilhabe (Stand 21.04.11)“) bzw. formlos
Sofern die Kunden bereits in den vergangenen Jahren die Übernahme der Schülerbeförderungskosten bei dem Landkreis Kassel (Schulamt) beantragt hatten, ist von den Kunden ein entsprechender Bescheid (Bewilligung oder Ablehnungsbescheid) vorzulegen.
- Vorlage eines Nachweises über die tatsächlichen Aufwendungen (z. B. Nachweis über den Abschluss eines Jahres-Abo). Die Kunden sind dahingehend zu beraten, dass die Nutzung eines Jahres-Abos in der Regel die kostengünstigste Alternative darstellt und somit von Ihnen auch in Anspruch genommen werden sollte
- Aufteilung der Jahres-Abo-Kosten auf einen Zeitraum von 10 Monaten (tatsächliche Nutzung ist jedoch für 12 Monate möglich) und eine Berücksichtigung der monatlichen Kosten lediglich in den 10 Zahlmonaten erfolgt.
- Erteilung eines Bewilligungs-/Ablehnungsbescheides (in den lokalen BK-Text-Vorlagen eingestellt unter § 28 SGB II „28 Abs. 4 – Bewilligung Schülerbeförderung“ – Ablehnungsbescheid folgt)
- Überweisung der tatsächlichen Kosten monatlich an den Antragsteller.

b. Auszahlungsmodalitäten

- **ERP** (HV-Nr.: 1706 / TV-Nr.: 0006 / Sachkonto: 7807002270 / FiPo: 768114010316). Bitte auf Vertragsgegenstand achten!!!!

VI. Lernförderung (§ 28 Abs. 5 SGB II)

Bei Schülerinnen und Schülern wird eine ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen.

Grundsätzlich ist jeder Leistungsberechtigte in seiner Entscheidung frei, ob er diese angemessene Lernförderung durch ein Nachhilfeinstitut oder einer Privatperson durchführen lässt. Beide Alternativen sind möglich. Ziel des Jobcenters Landkreis Kassel und des Landkreises Kassel ist, eine Nachfolgevereinbarung mit den Nachhilfeinstituten abzuschließen, analog der bisherigen Regelung im vergangenen Jahr über die HNA-Aktion.

Sowohl der Landkreis Kassel als auch das Jobcenter Landkreis Kassel sind bestrebt eine hochwertige Lernförderung durch zertifizierte Bildungsinstitute anzubieten. Diese Bildungsinstitute sollten daher der Rahmenvereinbarung beigetreten sein.

Inzwischen wurden mit den folgenden Nachhilfeinstituten entsprechende Vereinbarungen geschlossen:

- Lernwiese, Theodor-Heuss-Str. 11, 34260 Kaufungen
- Lern-Zentrum Baunatal, Meißnerstr. 51, 34225 Baunatal
- Schlauberger Nachhilfeschool, Bewdley Platz 18, 34246 Vellmar
- CoNaS Lernstudio, Kölnische Str. 5, 34117 Kassel
- Sculpture Training Company, Fiedlerstr. 28, 34127 Kassel
- Nachhilfeinstitut Alpha GbR, Rudolf-Schwander-Straße 2, 34117 Kassel

Sofern entsprechende Anträge zu diesen Bildungsinstituten vorliegen, können diese nunmehr abschließend bearbeitet werden. Der Gutschein („§ 28 Abs. 5 – Gutschein mit Institut (Stand 19.05.11)“) steht ab dem 20. Mai 2011 in den lokalen BK-Text-Vorlagen zur Verfügung.

Sofern noch keine Nachfolgevereinbarung mit weiteren Nachhilfeinstituten vorliegt, sollte weiterhin die Entscheidung über den entsprechenden Antrag - soweit dies möglich ist - zurückgestellt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Kunde nicht selbst ganz konkrete Namen zur Durchführung der Nachhilfe angegeben hat.

Bis zu einem Betrag in Höhe von 15,00 € pro Unterrichtseinheit (90 Minuten) sowie ein Umfang von maximal 20 Unterrichtsstunden pro Schulhalbjahr kann als angemessen akzeptiert werden.

In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass die besondere Förderleistung der Jugendhilfe im Bereich Dyskalkulie- und Legasthenietherapien, den Leistungen der Lernförderung nach dem SGB II vorgeht.

a. Verfahren

- Antragstellung per formellen Antrag (der Richtlinie nicht mehr beigelegt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Antrag Bildung und Teilhabe (Stand 04.05.2011)“) bzw. formlos
- Vorlage einer Bestätigung der Schule über die Notwendigkeit einer ergänzenden Lernförderung (der Richtlinie nicht mehr beigelegt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Anlage B – Bescheinigung Lernförderung (04.05.2011)“)
- Erteilung eines Bewilligungs-/Ablehnungsbescheides und Ausstellung eines entsprechenden Gutscheines (in den lokalen BK-Text-Vorlagen eingestellt unter § 28 SGB II „§ 28 Abs. 5 – Bewilligung Lernförderung mit Institut“ und „§ 28 Abs. 5 – Bewilligung ohne Institut“ sowie den entsprechenden Gutscheinen „§ 28 Abs. 5 – Gutschein mit Institut (Stand 19.05.2011)“ bzw. „§ 28 Abs. 5 – Gutschein ohne Institut“ – Ablehnungsbescheid folgt)
- Überweisung der tatsächlichen Kosten an den Nachhilfelehrer/der Nachhilfelehrerin bzw. des Nachhilfeinstituts gem. § 29 Abs. 1 S. 1 SGB II.

Bitte beachten: Eine Überweisung an den Antragsteller ist gesetzlich nicht vorgesehen und deshalb auch nicht möglich.

Ausnahme: Sofern die Kosten für eine ergänzende Lernförderung in dem Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2011 bereits selbst durch den Leistungsberechtigten gezahlt wurde, ist eine Auszahlung dieser Kosten an den Leistungsberechtigten gem. § 77 Abs. 9 SGB II möglich. Entsprechende Nachweise sind vom Leistungsberechtigten vorzulegen.

b. Auszahlungsmodalitäten

- **ERP** (HV-Nr.: 1706 / TV-Nr.: 0003 / Sachkonto: 7807002240 / FiPo: 768114010312). Bitte auf Vertragsgegenstand achten!!!!

VII. Mittagsverpflegung (§ 28 Abs. 6 SGB II)

Bei Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung werden die entstehenden Mehraufwendungen für Schülerinnen und Schüler sowie Kinder, die eine Tageseinrichtung (z. B. Hort) besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird, berücksichtigt. Für Schülerinnen und Schüler ist jedoch eine Grundvoraussetzung, dass die Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung liegt (ein Imbiss – außerhalb der Schule - erfüllt diese Voraussetzung nicht).

Jedes Kind bzw. jeder Jugendliche, der diesen Bedarf gegenüber dem Jobcenter Landkreis Kassel geltend macht, hat an den Leistungserbringer einen Eigenanteil in Höhe von zur Zeit 1,00 € pro eingenommenes Mittagessen zu erbringen. Dieser Eigenanteil ergibt sich aus § 5a Nr. 3 der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung i. V. m. § 9 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz. Unter diesen Umständen wird das Kind/der Jugendliche gegenüber seinen Mitschülern nicht defamiert, da auch dieses Kind/dieser Jugendliche Geld für sein Mittagessen zahlen muss.

a. Verfahren

- Antragstellung per formellen Antrag (der Richtlinie nicht mehr beigefügt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Antrag Bildung und Teilhabe (Stand 04.05.2011)“) bzw. formlos

a.a. Schulverpflegung/Hortverpflegung

- Erteilung eines Bewilligungs-/Ablehnungsbescheides (in den lokalen BK-Text-Vorlagen eingestellt unter § 28 SGB II „§ 28 Abs. 6 – Bewilligung Mittagsverpflegung“ - Ablehnungsbescheid folgt).

Im Falle einer Bewilligung ist **einzeln für jeden Monat** des Bewilligungszeitraumes ein separater Gutschein zu erteilen (Gutschein ist ebenfalls in den lokalen BK-Text-Vorlagen eingestellt unter § 28 SGB II - § 28 Abs. 6 – Gutschein Mittagsverpflegung“).

Dieser Gutschein ist dann von dem Kind/dem Jugendlichen dem Leistungserbringer zu übergeben. Dieser verwahrt den Gutschein auf und kennzeichnet jeden Tag, an dem die Mittagsverpflegung in Anspruch genommen wurde und vermerkt ebenfalls den Betrag, der

nach Abzug des Eigenanteils verbleibt in dem Gutschein. Nach Ablauf des Monats wird der Leistungserbringer dann den Gutschein an das Jobcenter übersenden, damit von dort der Rechnungsbetrag gezahlt werden kann.

- Überweisung der tatsächlich ausgewiesenen Kosten an den Leistungserbringer der Mittagsverpflegung gem. § 29 Abs. 1 S. 1 SGB II.

Bitte beachten: Eine Überweisung an den Antragsteller ist gesetzlich nicht vorgesehen und deshalb auch nicht möglich.

Ausnahme: Soweit bereits in dem Zeitraum 01. Januar 2011 bis 31. März 2011 Mehraufwendungen für die Mittagsverpflegung den Leistungsberechtigten entstanden sind, werden diese Kosten bei entsprechender Antragstellung ohne eines konkreten Nachweises der tatsächlichen Aufwendungen in Höhe von monatlich pauschal 26,00 € abgegolten. Diese Auszahlung kann dann an den Leistungsberechtigten erfolgen (siehe auch § 77 Abs. 11 S. 1 und 3 SGB II).

a.b. Kindertagesstätten-/Tagesmutterverpflegung

Die Erfahrungen und Anträge in der Zeit vom 01. bis 21. April 2011 haben gezeigt, dass insbesondere in dem Bereich der Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern, eine analoge Regelung getroffen werden muss, wie diese bisher durch das Jugendamt des Landkreises Kassel Anwendung gefunden hat.

- **Kindertagesstätten**

Durch das Gespräch mit dem Jugendamt am 19. April 2011 konnte in Erfahrung gebracht werden, dass viele Kindertagesstätten eine pauschale Kostenabrechnung im Bereich der Mittagsverpflegung durchführen. Bei dieser pauschalen Kostenabrechnung ist es egal an wie viel Tagen das Kind tatsächlich an der Mittagsverpflegung teilgenommen hat, die Verpflegungskosten sind immer gleich (z. B. in Baunatal immer 40,00 €). Durch das Jugendamt wurde in diesen Fällen ein pauschaler Abzug der nachgewiesenen Kosten in Höhe von 21,00 € (durchschnittliche Verpflegungstage im Monat pro Jahr = 21 x 1,00 €) durchgeführt. Diese Abrechnungspraxis hat dort nie zu Problemen geführt.

Aus diesem Grund wird auch der kommunale Träger im Bereich der Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten ~~und bei Tagesmüttern~~ von diesem Pauschalabzug Gebrauch machen.

Dies bedeutet für das Jobcenter Landkreis Kassel, dass bei einer pauschalen Abrechnung der Mittagsverpflegung in einer Kindertagesstätte ~~oder bei Tagesmüttern~~ von den nachgewiesenen Kosten ein Abzug in Höhe von monatlich 21,00 € erfolgt.

Sofern jedoch auch die Kindertagesstätte eine Einzelabrechnung erstellt, ist das Verfahren analog der Schulverpflegung anzuwenden.

- Vorlage einer Bestätigung des Einrichtungsträgers der Kindertagesstätte ~~bzw. der Tagesmutter~~ über die

Abrechnungsmodalitäten der Mittagsverpflegung (in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Anlage D – Bescheinigung Mittagsverpflegung KiTa– (Stand 04.05.2011)“)

- Erteilung eines Bewilligungs-/Ablehnungsbescheides (in den lokalen BK-Text-Vorlagen eingestellt unter § 28 SGB II „§ 28 Abs. 6 – Bewilligung Mittagsverpflegung KiTa – pauschal“ – Ablehnungsbescheid folgt). Eine Kopie des Bewilligungsbescheides kann an den Kindertagesstätten-Träger (Stadt/Gemeinde oder Kirche) übersandt werden.
- Überweisung der tatsächlich ausgewiesenen Kosten abzüglich des pauschalen Eigenanteils in Höhe von 21,00 € an den Leistungserbringer der Mittagsverpflegung gem. § 29 Abs. 1 S. 1 SGB II.

Bitte beachten: Eine Überweisung an den Antragsteller ist gesetzlich nicht vorgesehen und deshalb auch nicht möglich.

Ausnahme: Soweit bereits in dem Zeitraum 01. Januar 2011 bis 31. März 2011 Mehraufwendungen für die Mittagsverpflegung den Leistungsberechtigten entstanden sind, werden diese Kosten bei entsprechender Antragstellung ohne eines konkreten Nachweises der tatsächlichen Aufwendungen in Höhe von monatlich pauschal 26,00 € abgegolten. Diese Auszahlung kann dann an den Leistungsberechtigten erfolgen (siehe auch § 77 Abs. 11 S. 1 und 3 SGB II).

- **Tagesmütter**

Nach einer erneuten Rückmeldung des Jugendamtes des Landkreis Kassel, stellt sich die Kostenaufstellung in Bezug auf die Mittagsverpflegung bei Tagesmüttern anders dar, als dies bei den Kindertagesstätten erfolgt.

Grundsätzlich werden vom Jugendamt des Landkreises Kassel unabhängig von der Bedürftigkeit der Eltern pauschal pro Kindertagespflegestunde ein Betrag in Höhe von 2,70 € an die Tagesmutter gezahlt. Dieser Pauschalbetrag setzt sich aus den Kosten für Sachaufwand und der Anerkennung der Förderleistung zusammen. Genaue Beträge werden hierzu nicht ausgeführt. Unter den Sachaufwand fallen unter anderem auch die komplett entstehenden Verpflegungskosten.

Durch das Jugendamt des Landkreises Kassel erfolgten bisher diesbezüglich keine Abzüge, da der geringe Betrag nicht im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand stand. Des Weiteren ist jede Tagesmutter in ihrer Entscheidung frei, weitergehende Vereinbarungen mit den Eltern zu treffen, so z. B. kann die Tagesmutter mit den Eltern vereinbaren kann, dass der Stundensatz bei ihr 5,00 € beträgt und zusätzlich täglich 2,00 € für die Mittagsverpflegung anfallen.

Durch das Jugendamt wurde daher Kontakt mit Frau Selbert, Erste Kreisbeigeordnete, aufgenommen, inwiefern von dort zukünftig eine

genaue Bezifferung der Verpflegungskosten erfolgen soll. Dies wurde von Frau Selbert verneint, so dass das Jobcenter sich bezüglich der Entscheidung der Übernahme der Mittagsverpflegung jeweils die Einzelvereinbarung zwischen der Tagesmutter und den Eltern vorlegen lassen muss.

Sofern die Tagesmutter lediglich den Betrag von 2,70 €/Betreuungsstunde verlangt, sind die Kosten für Mittagsverpflegung vollständig abgegolten. In allen anderen Fällen sind die entsprechenden Vereinbarungen durch die Tagesmutter vorzulegen und analog der Schulverpflegung zu entscheiden.

b. Auszahlungsmodalitäten

- **Schul-/Kindertagesstätte/Tagesmütter**

ERP (HV-Nr.: 1706 / TV-Nr.: 0004 / Sachkonto: 7807002250 / FiPo: 768114010313). Bitte auf Vertragsgegenstand achten!!!!

- **Hortverpflegung für Schülerinnen und Schüler**

ERP (HV-Nr.: 1706 / TV-Nr.: 0008 / Sachkonto: 7807002290 / FiPo: 768114010318). Bitte auf Vertragsgegenstand achten!!!!

c. Erstattung an das Jugendamt

Durch das Jugendamt wurden bereits bisher für SBG II und SGB XII-Empfänger, sofern von dort auch die Betreuungskosten übernommen wurden, ergänzende Leistungen für Mittagsverpflegung gewährt.

Spätestens seit dem 01. April 2011 ist die ergänzende Leistung für Mittagsverpflegung jedoch Aufgabe des Jobcenters bzw. des Sozialhilfeträgers.

Um für beide Seiten die Umstellung so angenehm wie möglich zu gestalten, wird das Jugendamt deren Zahlungen erst zum 31. Mai 2011 einstellen.

Für den Zeitraum 01. April 2011 bis 31. Mai 2011 wird daher Kostenerstattung in jedem Einzelfall, der Leistungen nach dem SGB II erhält, bei dem Jobcenter durch das Jugendamt beantragt.

Dem Jugendamt wurde die Kostenerstattung bereits mündlich durch die Bereichsleitung zugesichert, sofern die Kunden bis zum 30. April 2011 einen entsprechenden Antrag beim Jobcenter gestellt haben.

Sollte eine rechtzeitige Antragstellung durch die Kunden nicht erfolgen, so kann der Kostenerstattungsanspruch auch nicht bedient werden.

Die Erstattung der durch das Jugendamt geltend gemachten Kosten ist über die unter b. Auszahlungsmodalitäten genannte ERP-Kostenstelle zu tätigen.

VIII. Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Bei Kindern und Jugendlichen wird **bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs** ein Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (z. B. Mitgliedsbeiträge für Sportvereine, Musikunterricht oder Freizeiten) in Höhe von insgesamt 10,00 € monatlich berücksichtigt.

a. Verfahren

- Antragstellung per formellen Antrag (der Richtlinie nicht mehr beigefügt, sondern in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Antrag Bildung und Teilhabe (Stand 04.05.2011)“) bzw. formlos
- Übersendung einer Bestätigung des Anbieters des Freizeitangebotes (in der Internen Ablage unter Bildung und Teilhabe – Vordrucke - eingefügt – Name des Dokuments: „Anlage C – Bestätigung Anbieter Freizeit (2) – (Stand 04.05.2011)“)
- Erteilung eines Bewilligungs-/Ablehnungsbescheides (in der Internen Ablage eingestellt unter § 28 SGB II „§ 28 Abs. 7 – Bewilligung Freizeit“– Ablehnungsbescheid folgt)
- Überweisung der tatsächlich ausgewiesenen Kosten bzw. in Höhe von maximal 10,00 € pro Monat des Bewilligungszeitraumes an den Leistungserbringer gem. § 29 Abs. 1 S. 1 SGB II. Der monatliche Betrag in Höhe von 10,00 € pro Monat kann jedoch auch während des Bewilligungszeitraumes zusammengefasst werden, so dass in einem Monat auch ein höherer Betrag z. B. zur Zahlung des Sportbeitrages für das 1. Halbjahr gezahlt werden kann.

Bitte beachten: Eine Überweisung an den Antragsteller ist gesetzlich nicht vorgesehen und deshalb auch nicht möglich.

Ausnahme: Soweit bereits in dem Zeitraum 01. Januar 2011 bis 31. März 2011 Mehraufwendungen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben den Leistungsberechtigten entstanden sind, werden diese Kosten bei entsprechender Antragstellung und eines konkreten Nachweises der tatsächlichen Aufwendungen in Höhe von monatlich pauschal 10,00 € abgegolten. Diese Auszahlung kann dann an den Leistungsberechtigten erfolgen (siehe auch § 77 Abs. 11 S. 2 und 3 SGB II).

b. Auszahlungsmodalitäten

- **ERP** (HV-Nr.: 1706 / TV-Nr.: 0005 / Sachkonto: 7807002260 / FiPo: 768114010314). Bitte auf Vertragsgegenstand achten!!!!

IX. Einkommensverteilung bei Kindern, die rechnerisch keinen SGB II-Bedarf

Sofern Kinder ihren leistungsrechtlichen Bedarf (ohne Bildung und Teilhabe) durch eigenes Einkommen und Vermögen decken können, ist das nicht benötigte Kindergeld gem. § 11 Abs. 1 S. 4 SGB II auf den Kindergeldberechtigten zu übertragen.

Sofern die übrige Bedarfsgemeinschaft im weiteren Leistungsbezug des SGB II verbleibt, können für dieses Kind Leistungen nach § 28 SGB II beantragt werden, ohne dass das einmal übertragene Kindergeld wieder auf das Kind zurückübertragen werden muss.

Durch das nicht erneute Rückübertragen des Kindergeldes von dem Kindergeldberechtigten auf das Kind, kann sichergestellt werden, dass das Kind in den vollen Genuss des Bildung und Teilhabepaketes kommt.

Sollte das Kind jedoch über ein so hohes Einkommen verfügen, dass ein über das Kindergeld hinausgehender Betrag noch vorhanden ist, ist dieser Betrag auf die Leistungen nach § 28 SGB II anzurechnen und eine entsprechende Minderung herbeizuführen (Beispiel: Einkommen des Kindes inkl. Kindergeld: 534,00 € / Bedarf des Kindes (ohne Bildung und Teilhabe): 281,00 € / Differenz: 253,00 € / Übertragung von 184,00 € auf den Kindergeldberechtigten und 69,00 € Anrechnung auf Bildung und Teilhabe)

X. Anspruchsberechtigung, obwohl weder Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII, dem Wohngeldgesetz noch dem Bundeskindergeldgesetz bezogen werden – so genannte Minderbemittelte

Entgegen der bisherigen Auffassung wurde nunmehr über die Regionaldirektion Hessen vermittelt, dass auch so genannte „Minderbemittelte“ (weder Anspruch auf SGB II, SGB XII, Wohngeld und Kinderzuschlag) einen Anspruch auf Leistungen nach § 28 SGB II haben können, sofern Sie diese Leistungen nicht selbst decken können.

Diese Rechtsansicht ergibt sich aus § 7 Abs. 2 S. 3 i. V. m. § 9 Abs. 2 SGB II sowie den entsprechenden Begründungen während des Gesetzgebungsverfahrens.

Gem. § 7 Abs. 2 S. 3 SGB II erhalten auch die in § 28 SGB II genannten Personen Leistungen zur Deckung der Bedarfe der Leistungen für Bildung und Teilhabe, wenn sie mit Personen in einem Haushalt zusammenleben, mit denen sie nur deshalb keine Bedarfsgemeinschaft bilden, weil diese auf Grund des zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens selbst nicht leistungsberechtigt sind.

Sofern Kunden mit diesen Voraussetzungen vorstellig werden, sind sie zwecks entsprechender Beratung an den Leistungsbereich unter Nennung eines entsprechenden Vorsprachetermins zu verweisen (Beratungstermin).

Sofern tatsächlich kein anderweitiger vorrangiger Leistungsanspruch (SGB II; SGB XII, Wohngeld und/oder Kinderzuschlag) durch den Leistungsbereich ermittelt werden kann, hat folgende Berechnung zu erfolgen (gem. § 19 Abs. 3 SGB II):

1. Zunächst Anspruchsberechnung für die gesamte Bedarfsgemeinschaft
 - a. Regelleistung/Sozialgeld (§§ 20 + 23 SGB II)
 - b. Mehrbedarfe (§ 21 SGB II)
 - c. Kosten der Unterkunft (§ 22 SGB II)
 - d. abzüglich Einkommen

Übersteigendes Kindergeld ist gem. § 11 Abs. 1 S. 4 SGB II an den Kindergeldberechtigten zu übertragen

2. Verteilung des dann noch bestehenden übersteigenden Einkommens kopfteilig im Verhältnis mehrerer Leistungsberechtigter (siehe § 9 Abs. 2 S. 4 SGB II). Sollte nur für eine Person Leistungen für Bildung und Teilhabe beantragt werden, so ist der Überschreibungsbetrag in voller Höhe dort zu berücksichtigen.
3. Berücksichtigung dieses Anteils des übersteigenden Einkommens bei der Ermittlung der Ansprüche gem. § 28 SGB II unter Berücksichtigung von § 19

Abs. 3 S. 3 SGB II i. V. m. § 5a ALG II-Verordnung in der Reihenfolge und unter Zugrundelegung der genannten Beträge:

- a. ein- oder mehrtägige Ausflüge (§ 28 Abs. 2 SGB II)
- b. Schulbedarf (§ 28 Abs. 3 SGB II)
- c. Schülerbeförderung (§ 28 Abs. 4 SGB II)
- d. Lernförderung (§ 28 Abs. 5 SGB II)
- e. Mittagsverpflegung (§ 28 Abs. 6 SGB II)
- f. soziale/kulturelle Teilhabe (§ 28 Abs. 7 SGB II)

XI. Umgang mit Anträgen in dem Zeitraum 01. Januar 2011 bis 31. März 2011

Sofern Leistungen für Bildung und Teilhabe in den Bereichen Ausflüge, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung und soziales/kulturelles Leben für den Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2011 bis zum **30. April 2011** beantragt werden, gelten diese Anträge auf den 01. Januar 2011 zurück. Dies ergibt sich aus § 77 Abs. 8 SGB II.

XII. Statistik

Gem. § 53 Abs. 1 SGB II ist die statistische Auswertung dieser Leistungen gesetzlich vorgeschrieben. Da sowohl über A2LL als auch über ERP eine Auswertung der tatsächlichen Antragstellungen und deren Entscheidung (Ablehnung, Bewilligung, Höhe usw.) nicht möglich ist, ist in der Internen Ablage eine Tabelle eingefügt, die von jeder Sachbearbeiterin und jeden Sachbearbeiter zu befüllen ist.

Im Auftrag

Blaha
Bereichsleitung